

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Landbote. 1849-1934 1923**

53 (7.5.1923)



was vor  
en sich die  
hend der  
gen muß  
her.  
Das von  
kommen  
er schönen  
nischäften

44 000  
94 000  
44 900  
130 000  
51 000  
95 000

ndt

in.

shheim.

hr  
ei-

mai  
uni  
uni  
uni  
uni

a-

aim  
Baden

er

en, welcher  
Schreiner  
cht. Zu  
b. Landb.

rtretung

Preislagen  
ken für  
ge such t  
eren postl.  
au.

uckerei.

**Erscheint**  
**Montag, Mittwoch und**  
**Freitag.**

**Bezugs-Preis:**

Durch die Post bezogen und durch  
den Briefträger u. unsere Aussträger  
ohne Beleggeld  
**monatlich 2700.— M.**  
Der Bezugspreis ist im Voraus zu  
entrichten.  
In Fällen von höherer Gewalt be-  
steht kein Anspruch auf Lieferung der  
Zeitung oder auf Rückzahlung des  
Bezugspreises.

Geschäftszeit 7-9 Uhr, Sonntags  
geschlossen.

**Fernsprechanschl. Nr. 11.**

Postfach-Nr. 6003.  
Karlstraße Nr. 6003.

# Der Landbote

**Sinsheimer Zeitung**  **Geegründet 1839**

**General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal**

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

**Nr. 53.**

**Montag, den 7. Mai 1923.**

**84. Jahrgang**

## Die französisch-belgische Antwortnote.

Schroff in Inhalt und Form.

In später Nachtstunden traf der Wortlaut der Note ein, die dem deutschen Geschäftsträger in Paris von der französischen Regierung als Antwort auf das deutsche Angebot am Sonntagabend überreicht worden ist. Es ist ein gemeinsamer Text für Frankreich und Belgien, und der Inhalt ist, wie man bereits wußte, die Ablehnung des deutschen Angebots.

Die Ablehnung ist im einzelnen begründet, und darin hat Frankreich sowohl Belgien wie England und Italien ein Zugeständnis gemacht. Die deutschen Vorschläge werden als „höllisch unannehmbar“ bezeichnet, und zwar „in mehrfacher Hinsicht“ und das wird sodann im einzelnen dargelegt.

Noch immer halten Frankreich und Belgien in bezug auf die Höhe der Reparationssumme formell an dem Londoner Ultimatum fest, das bekanntlich Deutschland eine Summe von 132 Milliarden Goldmark aufzwang. Die Herabminderung dieser Summe, welche von vornherein von Deutschland eine undenkbar Leistung forderte, wollen Frankreich und Belgien nur in der Weise in Betracht ziehen, daß die anderen Alliierten in ihren Forderungen etwas nachlassen: aber Frankreich und Belgien selber halten an ihren eigenen Forderungen fest. Das begründen sie mit einer Rechnung für Wiederaufbau, deren Grundlagen 100 Milliarden Franken für Frankreich und 15 Milliarden gar nicht nachzuprüfen sind und die phantastischen Summen von belgischer Franken enthält. Kein Wunder, daß bei solcher Aufmachung die 30 Milliarden Goldmark, die Deutschland anbietet, ganz ungenügend erscheinen müssen. Hartnäckig greift also die Antwortnote auf den unmöglichen Londoner Zahlungsplan zurück, dessen Undurchführbarkeit schon überall, von Frankreich und Belgien abgesehen, erkannt worden ist, und setzt dieser Brutto-Ziffer den reinen effektiven Nettwert der zunächst angebotenen 20 Milliarden mit 15,82 Milliarden gegenüber. Dadurch wird der Unterschied natürlich gewaltig. Wie stünde es aber, wenn man den damaligen effektiven Wert von 132 Milliarden im Mai 1921 genommen, davon den alles Mögliche übersteigenden Betrag abgezogen und mit dieser Summe dann die gegenwärtig vorgeschlagenen 50 Milliarden verglichen hätte? Das gäbe ein anderes Bild.

Erschwert wird die Lösung dieser ganzen Streitfrage noch durch die ausdrückliche Erklärung, daß Frankreich und Belgien es ablehnen, irgend einen Sachverständigen-Ausschuß über die Reparationssumme entscheiden zu lassen, dies vielmehr der Reparationskommission vorbehalten wissen wollen. Damit werden sowohl der Vorschlag der deutschen Regierung, wie der von Hughes und der von Lord Curzon beiseite geschoben.

Die beiden Teile der Note, welche sich mit den wirtschaftlichen Garantien für die Bar- und Sachleistungen und mit den politischen Garantien für Aufrechterhaltung des Friedens beschäftigen, sind zwar in ironischem Ton gehalten und kritisieren die Unbestimmtheit der deutschen Vorschläge sehr scharf, lassen aber immerhin die Möglichkeit offen, hierüber die Aussprache fortzusetzen.

Von ihrem konkreten Inhalt abgesehen, enthält die Antwortnote daneben sehr bezeichnende, für die diplomatische Sachlage wichtige Punkte, die allerdings diese Lage außerordentlich erschweren. Der Ton ist durchweg scharf und so-kastisch und macht eine ruhige Aussprache sehr schwierig. Es werden aber ferner Rechtsbehauptungen wiederholt, die von Deutschland ungezählte Male widerlegt worden sind. In Kürze: Frankreich und Belgien beharren auf der Auffassung, sie hätten formell und sachlich das Recht gehabt, aufgrund Versailles Vertrag, Londoner Ultimatum und Feststellung der Reparationskommission an der Ruhr die „Pfänder“ zu nehmen, die sie jetzt haben und ausheuten wollen. In diesem Augenblick können wir auf eine abermalige Widerlegung verzichten. Für die weitere Entwicklung der Diskussion ist freilich die Forderung der Antwortnote sehr gefährlich, daß der passive Widerstand nicht berechtigt sei und daß Frankreich und Belgien „keinen deutschen Vorschlag in Betracht ziehen können, solange dieser Widerstand fort-dauern wird.“ Hierin wird die Kapitulation verlangt vor Beginn der Verhandlungen, und werden diese selber von Frankreich und Belgien abgelehnt.

Hier ist der Punkt, von allen materieller Fragen abgesehen, wo England und Italien einzugreifen hätten, wenn sie verhindern wollten, daß der angeponnene Faden der Aussprache alsbald wieder abreißt. Frankreich und Belgien haben ihr Möglichstes getan, um die Diskussion abzubrechen.

### Frankreich will nicht.

In den letzten Wochen hat die deutsche Sozialdemokratie der Regierung Cuno vorgeworfen, daß sie keine aktive Politik treibe, weil sie es zunächst unterließ, ein Angebot nach Frankreich zu richten. Erst nach der Rede des englischen Ministers des Auswärtigen hielt die deutsche Regierung den Augenblick für gekommen, durch ein Angebot an den guten Willen der Gegenseite zu appellieren und zu Verhandlungen anzuregen.

Die Zweifel an dem Erfolg waren angesichts der französischen Unerschrockenheit sehr groß. Aber die Sozialdemokratie, die immer stürmischer das Angebot forderte, ging so weit zu behaupten, daß die französische Rheinlandpolitik kein Anlaß wäre, an dem Erfolg eines Angebotes zu zweifeln, denn was über diese Rheinlandpolitik geäußert werde, gründe sich nur auf Vermutungen. Auch einige andere Blätter vertraten die merkwürdige Meinung, es seien Anzeichen vorhanden, daß Frankreich wieder mehr einer wirtschaftlichen Lösung des Ruhrkonfliktes geneigt sei.

Die Pariser Antwort auf das deutsche Angebot hat nun hoffentlich alle Zweifel an den eigentlichen Zielen Frankreichs beseitigt. Dieses das Maß unserer Kräfte übersteigende Angebot war ein Prüfstein für den guten Willen Frankreichs.

Am Mittwoch nachmittag um 4 Uhr ist das Angebot von dem Vertreter der deutschen Regierung der französischen Regierung überreicht worden. Noch am gleichen Abend setzte Poincaré die Antwort auf. Am andern Morgen, am Donnerstag, noch keine 24 Stunden nach Ueberreichung, ist der französische Ministerrat mit seinem Urteil fertig und am Donnerstagnachmittag ist auch schon aus Belgien die Zustimmung zur Ablehnung des Angebotes eingetroffen. Es ist ganz unmöglich, daß in dieser kurzen Zeit alle Möglichkeiten geprüft werden konnten, die Deutschland bot. In Paris war man von vornherein zur Ablehnung entschlossen, unbekümmert um die Höhe des Angebots, unbekümmert um die Meinung in London und Amerika. Dem deutschen Volk sind nun die Augen geöffnet. Poincarés Antwort sagt, was auf dem Spiele steht. Es geht nicht um einige Milliarden mehr oder weniger, es geht um das Reich, um die Existenz von Millionen.

Darum: laßt alle Hoffnung! Von dem neuen Angebot der Deutschen wird die Wendung nicht kommen. Von den harten Köpfen und festen Herzen an Rhein und Ruhr schon eher!

### Der französische Reparationsplan.

Die Endsumme 45 Milliarden Goldmark.

London, 4. Mai. Um den französisch-belgischen Reparationsplan unter offizieller Uebereinstimmung der angelsächsischen Länder bekannt zu geben, hat man die Richtlinien eines Vorschlages seitens der französischen Botschaft dem „Daily Telegraph“ zur Verfügung gestellt. Als eigentliche Reparationsschuld Deutschlands werden die Bons der Reihe A und B des Londoner Zahlungsplanes angesehen. Deutschland könne sie in Jahresraten von 1,7 Milliarden Goldmark einlösen. Für die nächsten 2 Jahre erhalte Deutschland ein Moratorium, wenn es sich bereit erklärt, die fälligen Jahresraten für diese Zeit im Gesamtbetrag von 3,4 Milliarden Goldmark durch eine internationale Anleihe aufzubringen. Bringt Deutschland vor der Fälligkeit weitere Jahresraten auf den Anleihemärkten auf, so werde ein Diskont von 5-7 Prozent gewährt werden. Die Bons der Reihe C werden fast restlos zu einer Schuldstreichungsoperation unter den Alliierten, an der, wie man von französischer Seite hofft, sich auch die Vereinigten Staaten einem Betrage beteiligen werden, Verwendung finden. Der noch aufrecht erhaltene Teil der Bons C, die je nach der Beteiligung der Vereinigten Staaten 5 oder 10 Milliarden Goldmark ausmachen, soll aus dem Reinertrag der weiter unten noch zu behandelnden Reparationen zur Verwertung gestellt werden. Nach dem französischen Plan betragen Deutschlands Verbindlichkeiten, die ermäßigt werden können durch einen Verzicht Englands auf seinen von Frankreich voll in Rechnung gesetzten Anteil von 22 Prozent an den Bons der Reihe A und B 55 bis 60 Milliarden Goldmark, ein Betrag der sich bei einem vollständigen englischen Verzicht auf 45 Milliarden ermäßigen würde.

In einem demilitarisierten Rhein- und Ruhrgebiet werde eine internationale Verwaltung der Eisenbahnen und Bergwerke eingerichtet sobald Deutschland dieser Verwaltung und den obigen Reparationszahlungen zugestimmt habe, werde Frankreich die Befehung dieser Gebiete unsichtbar machen, d. h. die französischen Militärbehörden werden sich jeglichen Eingriffes in die Zivilverwaltung, in den Verkehrsapparat und in das Wirtschaftsleben enthalten. Frankreich ist ferner bereit, wenn diese Bedingungen erfüllt werden, das Ruhrgebiet in drei Etappen auf Grund eines bereits von Marschall Foch fertiggestellten Planes zu räumen. Gelingen es Deutschland, auf dem Anleihewege die Reparationszahlungen schneller zu bewirken, als im Abkommen vorgesehen sei, so sei Frankreich bereit, die Zwischenräume zwischen den Etappen erheblich abzukürzen. Es ist ein Wirtschaftsvertrag zwischen Deutschland, Belgien und Frankreich vorgesehen, der den Austausch von Rohmaterialien und Halbfabrikaten zwischen Lothringen und der Ruhr vorsteht, und zwar in einem Umfange, der die Ziffer für diesen Austausch von 1913 übersteigt.

### Lord Curzons Hoffnungen.

London, 4. Mai. Lord Curzon sprach auf der Jahresversammlung der Primrose League in der Albert Hall und äußerte sich dabei über die Ruhrfrage. Er erklärte, daß er es ablehne, die Lage mit Mutlosigkeit oder Verzweiflung zu betrachten und fuhr fort: Ob das deutsche Angebot gut oder schlecht ist, und sehr viele betrachten es als unangemessen, jedenfalls geht die Frage uns alle an. Wir werden aus der schwierigen, besorgniserregenden Lage nur durch gemeinsames Vorgehen herauskommen. Wenn die Deutschen vor den Rat, die Entscheidungen und die Handlungen aller beteiligten Hauptmächte gestellt werden, so werden die Aussichten auf Erfolg beträchtlich wachsen.

### Die Stimmung im Ruhrgebiet.

Essen, 4. Mai. Die ablehnende Haltung der französischen Regierung gegenüber dem deutschen Angebot, wie sie aus der offiziellen Mitteilung des Ministerrats hervorgeht, wird in den hiesigen politischen Gesellschaften und wirtschaftlichen Kreisen viel erörtert. Es herrscht der Eindruck vor, daß Frankreich eine Regelung der Reparationsfrage nicht wünscht,

sondern im Ruhrgebiet weitgehende Pläne verfolgt. Das deutsche Angebot ist im Ruhrgebiet als eine verständige Grundfrage durchaus anerkannt worden. Vor allem ist das Einverständnis des Ruhrgebietes mit der Stelle der deutschen Note vorhanden, wo es sich um die Fortsetzung des passiven Widerstandes bis zur Wiederherstellung des rechtmäßigen Zustandes handelt. In der gesamten Bevölkerung des Ruhrgebietes besteht der feste Entschluß, in der jetzigen Situation den passiven Widerstand ungebrochen fortzusetzen, aber auch angesichts der neuen Lage wird die friedliebende Bevölkerung sich nicht provozieren lassen, sondern ruhig und besonnen bleiben.

### Die Auffassung in Washington.

Paris, 4. Mai. Havas berichtet aus Washington: Der deutsche Botschafter hat Staatssekretär Hughes einen Besuch abgestattet und ihm den Text der deutschen Vorschläge übergeben. Das Staatsdepartement hat sich geweigert, irgend einen Kommentar zu geben, aber man erfährt aus zuständiger Quelle, daß die amerikanische Verwaltung die den Standpunkt der Vereinigten Staaten jüngst begründet hat, der Ansicht ist, daß die Fragen unmittelbar Frankreich und Deutschland angehen und die Vereinigten Staaten nur auf Verlangen der Beteiligten eingreifen würden. Ob zwar Deutschland seine Vorschläge allen Großmächten mitgeteilt habe, erklärten die offiziellen deutschen Kreise in Washington, daß es sich tatsächlich um einen unmittelbaren Vorschlag an Frankreich und Belgien handle.

### Enttäuschung über Frankreich.

Paris, 4. Mai. Der „New York Herald“ meldet aus New York, in den offiziellen Kreisen Amerikas sei man einigermaßen enttäuscht, darüber, daß Frankreich das deutsche Angebot nicht für wert gehalten habe, als Verhandlungsgrundlage für eine endgültige Regelung betrachtet zu werden. Indessen sei kein Gedanke daran, daß die Vereinigten Staaten in offizieller Form intervenieren würden.

### Französische Beforgnis vor Mussolinis Absichten.

Paris, 5. Mai. Der Gaulois schreibt, er würde sich nicht wundern, wenn Mussolini in der Unterredung, die er mit dem französischen Botschafter Barrere gehabt hat, zum Ausdruck gebracht hätte, eine gemeinsame alliierte Antwort auf die deutschen Vorschläge zu erteilen. Werde das nicht getan, könnte vielleicht in Berlin der Eindruck von Meinungsverschiedenheiten unter den Alliierten entstehen. Die Lage ist also ziemlich heikel auf Grund des Umstandes, daß London und Rom den Einwand erheben können, die Regelung der Reparationsfrage, auf die sich die deutsche Note im wesentlichen beziehe, interessiere auch England und Italien.

### Die Unsinnigkeit, von der „Sicherheit Frankreichs“ zu reden.

London, 5. Mai. In einem vielbeachteten Aufsatz in der Zeitschrift Foreign affairs setzt der führende außenpolitische Sachverständige der Arbeiterpartei, Morel, auseinander, wie unsinnig es in Ententekreisen sei über die „notwendige Sicherheit Frankreichs“ zu sprechen. Das bis zu den Zähnen bewaffnete Frankreich sei das am besten gesicherte Land der Welt. Es sei viel notwendiger, von der Sicherung des durch die französische Luftflotte andauernd bedrohten England und des von Frankreich am liebsten zerstückelten Deutschlands zu sprechen. Der Kernpunkt der Friedenssicherung in Europa bestehe überhaupt nicht in der Aufstellung von Sicherheitsbestimmungen zugunsten Frankreichs, sondern in der Sicherung Deutschlands gegen Frankreichs willkürliche Gewalttätigkeit. Dies könnte aber nur durch gegenseitige Abmachungen erfolgen, deren Ausführung am besten einem wahrhaft demokratischen, mindestens alle größeren Länder umfassenden Völkerbund zu übertragen sei.

### Eine deutsche Rückäußerung möglich?

Paris, 5. Mai. In französischen politischen Kreisen erklärt man, die Antwort für die deutschen Vorschläge sei so abgefaßt, daß Deutschland seinerseits eine neue Note an die Verbündeten richten könnte. Man rechne indessen damit weder auf sofortige neue Vorschläge Deutschlands noch auf einen Kabinettswechsel in Berlin. Das Verschwinden Cunos und Rosenbergs würde in allen politischen Kreisen, die aufrichtig eine Verständigung mit Deutschland wünschen, begrüßt werden, da namentlich die Anwesenheit Rosenbergs nach Ansicht dieser Kreise von vornherein die Schaffung einer Verständigungsatmosphäre ausschließt. Man gibt hier aber offen zu, daß auch ein solcher Regierungswechsel Frankreich nicht zur Venderung seiner Forderung veranlassen könnte und daß eine wirkliche Entspannung auch in diesem Falle nur allmählich nach Maßgabe der deutschen Erfüllungen eintreten würde. Immerhin wird es in den genannten Kreisen als sicher bezeichnet, daß der Charakter der Ruhrbesetzung sofort wesentlich gemildert würde, wenn Deutschland seinen Verständigungswillen durch ausdrückliche vorherige Anerkennung des Grundlages der straffelweisen Räumung zu erkennen gebe. (?)

### Soll etwas werden?

Das Gesicht der Welt, soweit es der deutschen Note vom 1. Mai zugekehrt ist, hat sich noch nicht viel geändert. Die französische Presse fährt in ihrer überwiegenden Masse fort, das deutsche Angebot als völlig unbrauchbar über den Zaun zu werfen, nur einige Organe der Linken heben den Mut, die Pariser Regierenden an ihre Verantwortung für die moralische Vereinsamung Frankreichs zu mahnen. Aber diese Kreise sind ja drüben so denkbar einflusslos! Von Belgien hat man noch keinen Ton gehört, der sich von dem nachbarlichen Chorus unterscheidet. Mussolini ist wohl bestrebt, einer gewalttätigen

### Anzeigen-Preise:

Anzeigen: Die 42 mm breite  
Millimeter-Zeile 60.— M.  
Reklamen: Die 87 mm breite  
Millimeter-Zeile 180.— M.  
Anzeigen mit Bekadresse oder  
Ankunft 180.— Mark Sonderver-  
gütung. Alle Preise freibleibend.  
Grundschrift im Anzeigen- und  
Textteil ist Petit.  
Bei Wiederholungen tarifreter  
Rabatt, der bei Nichtzahlung inner-  
halb 8 Tagen nach Rechnungs-  
datum oder bei gerichtlicher Ver-  
urteilung und bei Konkurs erlischt.  
Blattvorarbeiten werden nicht an-  
erkannt und für Aufnahmen an  
bestimmten Tagen sowie für tele-  
fonische Aufträge keine Gewähr  
übernehmen.  
Anzeigen + Annahme bis 8 Uhr  
vormittags; größere Anzeigen müssen  
am Tage vorher aufgegeben werden



Ueberföhrung entgegenarbeiten, aber er fñhlt keine Schwäche, wenn er nicht unter den andern Alliierten einen starken Bundesgenossen findet. Er horcht auf England. Auf England! Das tut auch sonst die Welt, tun auch wir, ob mit, ob ohne Hoffnungen, ist einerlei. England ist es gewesen, das wenn auch nicht im gewollten, so doch im tatsächlichen Zusammenwirken mit der deutschen Sozialdemokratie die Reichsregierung zur Abföndung eines neuen Angebots gedrängt und damit die Dinge dahin geschoben hat, wo sie jetzt stehen. Wir haben ein gewisses Recht darauf, zu erwarten, daß England den von ihm selbst betriebenen Anlauf nicht ohne weiteres im Sand vergraben läßt; haben ein Recht darauf, erstreut zu sein, daß auf jener Seite so wenig von der Aktivität zu spüren ist, die man uns aufnötigte. Nun hat sich aber wenigstens ein maßgebender britischer Staatsmann geäußert, Lord Curzon, der Außenminister, derselbe, dessen Rede vom 20. April für den Reichskanzler zum „außerordentlichen Ereignis“, zum „Anstoß von außen“ wurde, das ihn gegen Hemmnisse verschiedener Art zum Entschluß der Note führte. Lord Curzon sprach anscheinend reichlich kühl, reichlich hochmütig, reichlich unbestimmt und verschwommen — aber immerhin, er hat etliches wenige zur Sache gesagt, und dieses Wenige läßt mindestens Gefühl für die allgemeine Bedeutung der Sache, eine gewisse innere Verankerung mit ihr verspüren. Lord Curzon ist, das kann man aus den kurzen Zeilen des Berichts über seine Primrose-Expedition herausfühlen, für ein Weiterpflanzen des Fadens, der in diesen Verhandlungen — und darin steht er nun allerdings zu seinen Verhandlungsgenossen diesseits des Kanals im grundsätzlichen Gegensatz. Lord Curzon findet nun allerdings das deutsche Angebot „unangemessen“ — denn unter den „sehr vielen“, die es in England unangemessen finden sollen, dürfte er sich selber wohl mit einbegriffen haben. Wie meint Lord Curzon das? In der englischen Presse finden sich Wendungen, Deutschland sitze noch zu sehr auf dem „hohen Ross“. Hat der britische Außenminister sein „unangemessen“ so verstanden? Wenn ja, dann soll es uns recht sein. Besser, er findet Deutschland zu anspruchsvoll, als zu demütig. Aus 4 Jahren Geschichte des zusammengebrochenen Vaterlands haben wir gelernt, daß für den Niedergeworfenen Demut die unerschütterliche Pflicht ist für seine auswärtige Politik.

Berlin, 5. Mai. An amtlichen Stellen ist man ohne jeden Anhaltspunkt, wann die Antwort der Alliierten zu erwarten ist. Es scheint ja noch nicht einmal festzulegen, in welcher Form die Erwiderung erfolgt, ob Frankreich und Belgien jedes für sich allein eine Note schicken, oder ob alle Alliierten gemeinsam antworten wollen. Es macht sich aber deutlich der vermittelnde Einfluß Italiens und auch Englands bemerkbar, ebenso wie Belgiens Zögern, den von Poincaré offenbar gewünschten unheilbaren Bruch mitzumachen. Wie die Dinge nun liegen spricht alles dafür, daß eine verlässliche Ablehnung erfolgt, die wenigstens die Fortsetzung der Verhandlungen ermöglicht. Allerdings kommt es für uns selbstverständlich darauf an, in welche Richtung wir dabei gedrängt werden sollen. Das Kabinett Cuno hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß es über das sehr weitgehende Angebot nicht hinausgehen kann und wird vor allem keine Zusage zu machen im stande sein, die etwa auf einen Abbau des passiven Widerstands hinausgeht. Freilich wird sich auch keine andere deutsche Regierung finden, die sich dazu hergibt, schon aus dem einen Grunde, weil es nicht in ihrer Macht stünde, die Bevölkerung des Ruhrgebiets so weit zu beeinflussen, daß sie ihre Taktik plötzlich ändert. Derartige Volksbewegungen lassen sich nur einmal durch einen Druck von oben nicht inszenieren, noch abbauen. Wir müssen uns aber doch darauf einstellen, daß vielleicht aus der Antwort der Gegenseite sich Komplikationen ergeben können, die auch auf unsere innere Parteilichkeit nicht ohne Folge sein könnten.

### Die Lausanner Konferenz.

Ein Feges Papier.

Lausanne, 4. Mai. In der heutigen Sitzung des politischen Ausschusses kam es anläßlich der Besprechung über die Ernennung der ausländischen Rechtsbeiräte in den Gerichten von Konstantinopel und Smyrna und ihrer Befugnisse auf die Dauer von 5 Jahren zu einem sehr scharfen Zusammenstoß zwischen den Alliierten und den Türken. Es handelte sich dabei um die strittigste Frage in den letzten Tagen der ersten Konferenz. Inzwischen war Dank der Bemühungen des italienischen Vertreters Montagne eine Einigungsformel mit den Türken vereinbart worden, welche durch verschiedene Schriftstücke der französischen Regierung bestätigt worden war. In der heutigen Sitzung wollten die Alliierten von dieser Formel nichts

### Schicksalswende.

Roman von A. Klinger.

19) Nachdenk verboten.

„Gut, schlafen Sie doch in Ihrem Zimmer, Herr Franz, es ist ja immer für Sie bereit!“ meinte Frau von Herbst gutmütig, „und am besten, Sie gehen bald schlafen, die andauernde Hitze scheint Sie schlaff gemacht zu haben, Sie fiebern auch offensichtlich!“

„Ja, Sie haben recht, ich muß bald zu Bette gehen. Ich will nicht erst warten, bis die Herrschaften nach Hause kommen.“ Sehr zeitig zog Franz sich zurück.

Das Gebabber mit der verschrobene alten Person war doch auf die Dauer unerträglich geworden, das Alleinsein eine Erlösung dagegen.

Er war tatsächlich erschöpft. Er legte den Rock ab und warf sich auf das Ruhebett.

Er hatte Befehl gegeben, daß er nicht gestört werde. Er wollte eine Begegnung mit seinem Oheim und Almida durchaus vermeiden. Aber er konnte nicht mehr denken. Er schloß die Augen. Ein paar Sekunden später war er fest eingeschlafen.

V. Kapitel.

Als Franz erwachte, schien der Mond hell ins Zimmer und ein leises Rauschen ging durch die Bäume im Park.

Er erhob sich völlig ermuntert. Klar standen die letzten Geschehnisse vor seiner Seele. Die wilde Erregung war einer ruhigen Entschlossenheit gewichen.

Blitzartig kam ihm der Gedanke, daß es ja ganz in seine Hand gegeben war, Vorteil aus dem Erlauschten zu ziehen. Es war nicht mehr wie recht und billig, daß ihm der Oheim bis auf weiteres ein Schweigegeld zahlte. Dann würde allerdings das Band zwischen ihnen zerschnitten sein. Aber dieses Malheur würde er zu tragen wissen.

Er wollte aber nicht unartig hier im Zimmer bleiben, sondern in Erfahrung zu bringen suchen, ob sein Verwandter wirklich heute noch das Adoptionsgeschick schrieb.

Er schlich aus dem Zimmer, stand im Korridor still und lauschte. Es herrschte Totenstille im ganzen Hause.

mehr wissen und forderten weitgehende Zugeständnisse von den Türken, die einem Eingriff in die Souveränität der Türkei gleichkämen. Ismed Pascha lehnte das alliierte Ansuchen rundweg ab, worauf die Verhandlungen über diesen Gegenstand vom Präsidenten auf einen gelegeneren Zeitpunkt vertagt wurden. Die Lage selbst nach Abschluß der Beratungen ist äußerst kritisch.

### Unter der Fremdherrschaft.

Das Kriegsgericht gegen die Kruppdirektoren.

Werden, 4. Mai. Zur Sicherheit des französischen Kriegsgerichts, das heute in Werden gegen die Kruppdirektoren verhandeln soll, wurden gestern starke französische Truppenabteilungen nach Werden geleitet. Um die Mittagsstunde wurden gestern die Ruhrbrücke bei Werden abgesperrt. Es wurden nur Personen in die Stadt gelassen, die Personalausweise hatten. Die Absperrung soll sich auf vier Tage erstrecken. Von französischer Seite wurden Demonstrationen der Krupparbeiter nach Werden befürchtet, eine Furcht die völlig sinnlos ist, da in den Kruppwerken auch an den Verhandlungstagen ruhig gearbeitet wird. Unter Anklage gestellt sind nunmehr endgültig: 1. Krupp von Bohlen und Halbach, 2. Direktor Bernhard Baur, 3. Direktor Hartwig, 4. Direktor Desterlen, 5. Direktor Baur, 6. Direktor Schäfer, 7. Betriebsdirektor Schröppler, 8. der Chef der Lehrwerksstätte, Groß. Gegen die Angeklagten unter 5 bis 8 wird in Abwesenheit verhandelt. Außer Verfolgung gesetzt wurde der Betriebsdirektor Ritter, weil er als bloßer Betriebsdirektor nicht in Frage komme, und der Chef der Feuerwehr. Die Klage bezieht sich in erster Linie auf die Verordnung Nr. 22, die bei den schweren Verbrechen die Todesstrafe oder lebenslängliches, mindestens aber 10 Jahre Gefängnis vorsteht. Es handelt sich dabei um die Bildung eines „Komplots“ und um Machinationen zur Begehung eines Attentats gegen die französischen Truppen. Im ganzen sind 40 Zeugen geladen, und zwar 20 von den Klägern und 20

### Deine Antwort auf Poincares Ablehnung sei: Satkräftige Hilfe den kämpfenden Brüdern!

Der Landbote nimmt Gaben entgegen in seiner Geschäftsstelle und auf Postcheckkonto Karlsruhe Nr. 6903.

Unsere Sammlung ergab bis jetzt 3728 268 Mark.

Für das Ruhrgebiet sind weiter eingegangen von: Ergebnis des Fräuentanzes von Sängerbund Daisbach 50 000 M., Durch Bezirksamt Bielefeld wegen Ruhrförderung ufm. von Wilhelm Franke, Steinfurt 10 000 und Richard Gilbert, Steinfurt 5000.

von der Verteidigung. — Mit dem vorliegenden Prozeß verbunden ist das Verfahren gegen Gerlig, Smuda und Sorgenicht, die angeklagt sind, bei den Vorgängen am Karfreitag einem belgischen Soldaten ein Motorrad weggenommen und es verheimlicht zu haben.

### Französische Straßenräuber.

Aus Horst-Emscher wird gemeldet: Wiederum wurden am Abend des Mittwoch auf der Industriestraße 6 Bürger der Gemeinde unter Vorhaltung von Revolvern von zwei französischen Soldaten beraubt. Drei des Weges daherkommende Arbeiter, die unabhängig von einander heimkehrten, wurden von einem der belgischen Soldaten, der etwas mehr angetrunken war, als der andere festgehalten und zunächst um 20 000, dann um 10 000, schließlich um 3000 Mark angegangen. Währenddessen kamen drei katholische Geistliche ebenfalls an der Stelle vorbei. Auch sie wurden angehalten, mit den drei Arbeitern gemeinsam in eine Häuferrische getrieben und 3000 Mark von ihnen verlangt. Als die Franzosen darauf hingewiesen wurden, daß sie Priester vor sich hätten, hielten sie ihre Revolver nur noch drohend auf sie gerichtet. Erst als sie je 3000 Mark und ein Bahnarbeiter seine gesamte Barschaft abgegeben hatten, konnten sie gehen.

Austreibung von Wohnungen Berateter durch die Franzosen. Dortmund, 4. Mai. In Barop bei Dortmund räumten die Franzosen die Wohnung des der V. S. P. D. angehörenden Amtmanns Wenk, der vom französischen Kriegsgericht kürzlich zu 2 Jahren Gefängnis und mehreren Millionen Mark Geldstrafe verurteilt wurde und die Gefängnisstrafe zurzeit in Zweckbrücken verbüßt, fast vollständig aus, weil die Geldstrafe nicht bezahlt werden konnte. Der aus Frau und drei Kindern bestehende Familie wurden nur zwei Betten, ein Herd und etwas Geschirr gelassen.

### Drohung mit neuen Schikanen.

Koblenz, 5. Mai. Von französischer Seite wurde hier angedroht, daß die deutschen Postämter, außer der Post für die Ausländer, beschlagnahmt würden, falls nicht ein Entgegenkommen deutscherseits hinsichtlich der Beförderung der Post für die französischen Behörden des Ein- und Ausfuhramts gezeigt werde. Es ist somit damit zu rechnen, daß die Postbeförderung erneute Schwierigkeiten zu erdulden haben wird.

### Eine wichtige Bahnlinie durch Sprengung gesperrt.

Köln, 5. Mai. Wie die Köln. Zig. aus Reuß erfährt, wurde in der Nacht vom Freitag die Bahnlinie Düren-Reuß zwischen Krefeld und Harff auf einer Strecke von mehreren Metern von unbekanntem Täter gesprengt. Ein kurz darauf eintraffender Kohlenzug entgleiste und wurde zertrümmert. Die dadurch unterbrochene Bahnlinie ist der Hauptweg für die französischen Kohlentransporte.

### Schandurteil.

Rehl, 4. Mai. Das französische Kriegsgericht hat den früher beim hiesigen Bezirksamt angestellten Amtmann Klump im Abwesenheitsverfahren zu fünf Jahren Zwangsarbeit und 2000 Franken Geldstrafe verurteilt. Die Franzosen hatten den Amtmann beschuldigt, er habe bei der Untersuchung eines Wirtschaftskreislaufes Aussagen verschiedener Zeugen abweichend von der im Ermittlungsverfahren der französischen Behörde erfolgten Niederschrift dargelegt.

### Deutsche Helden.

Germersheim, 5. Mai. Letzter Tage wurden etwa 100 Personen, Greise mit weißen Haaren und junge Burschen, die kaum 16 Jahre zählten, zwei und zwei zusammengefaßt von Marokkanern nach dem Militärgefängnis gebracht. Sie kamen aus dem Ruhrgebiet, wo sie von den Franzosen abgeurteilt waren.

### Ein Ultimatum Polens.

Berlin, 3. Mai. Die polnische Regierung hat dem deutschen Gesandten in Warschau eine Note zugehen lassen, in der die Reichsregierung aufgefordert (!) wird, das deutsche Konsulat in Thorn bis zum 15. Mai aufzulösen. Als Grund wird angegeben, daß der deutsche Konsul in Thorn unfreundliche Handlungen gegen Polen begangen habe.

Der Schritt der polnischen Regierung ist in völkerrechtlicher wie politischer Beziehung ein höchst ungewöhnlicher Akt. Nach diplomatischen Gepflogenheiten war es bisher nur möglich, daß eine Regierung, falls sie Grund zur Beschwerde über die Tätigkeit des Konsuls einer anderen Macht zu haben glaubte, diese Beschwerde der anderen Regierung zur Kenntnis brachte und, falls ihre Vorstellungen keinen Erfolg hatten, die Aberberufung des Konsuls verlangte. Ob die polnische Regierung Anlaß zu einer solchen Forderung bezüglich des Konsuls in Thorn gehabt hatte, soll zunächst unentschieden bleiben; ganz unerhört ist das Verlangen, die Konsulatsbehörde überhaupt aufzulösen, und noch unerhört ist die Festsetzung einer Frist für die Erfüllung dieser Forderung. Der ultimative Charakter der polnischen Note stellt somit geradzu eine gemaßte unfreundliche Haltung gegenüber Deutschland dar. Die Note selbst ist gestern abend in Berlin eingegangen und es ist anzunehmen, daß die Reichsregierung alsbald dazu Stellung nimmt.

### Zwischen Politik und Diplomatie.

z Das deutsche Volk ist friedensstoll. Wirklich es gibt nur eine einzige Methode unsere Verhandlungswut zu dämpfen. Das ist die Methode Poincaré.

Sind wir denn feig? Nicht doch, wir haben uns immer schon gut geschlagen. Und seit Racibus tragen wir den Namen eines kriegerischen Volkes. Der Ehrentitel mag verdient sein durch Mut in offener Feldschlacht, auch durch die Mannhaftigkeit, mit der physisches Leid von diesem großen und gefunden Volke ertragen wird. Aber das Prädikat ist unerdient vom deutschen Volke als politischer Nation unter politischen Nationen. Da sind wir unkämpferisch, vertrauensselig, bequem.

Kommt in schwerer Stunde unseres Volkes irgendwer, der mit Achtung von ihm spricht, und mit leichten Worten Frie-

geräuschlos schlüpfte er die Treppe hinunter und dann in die Bibliothek, die neben der Arbeitsstube seines Oheims lag. Beide Räume wurden nur durch eine Portiere getrennt. Vorsichtig schlich er in das Arbeitszimmer. Es war leer und dunkel.

Er ging wieder zurück, in die Bibliothek und ließ sich in einem Winkel in einem bequemen Sessel nieder; denn er war überzeugt, daß sein Oheim einen Teil der Nacht an seinem Arbeitstisch verbringen würde.

Die Bibliothek enthielt eine Auswahl geeigneter Werke der wissenschaftlichen wie der belletristischen Literatur. Aber Franz dachte nicht daran, zu lesen. Er las überhaupt nicht gern. Er war unvorsichtig und beschränkt, doch raffiniert und arglistig.

Er war jetzt sehr ruhig und wohlgenut und grübelte, auf welche Weise er den größten Vorteil für sich bei dieser Sache herauszuschlagen könne.

Die Uhr im Wohnzimmer schlug zehn. Dampf tönten die einzelnen Schläge herüber.

Franz lauschte auf jeden Laut, doch nichts rührte und regte sich. War denn das ganze Haus verzaubert?

Ob Frau von Herbst bereits schlief oder noch auf der Beranda saß?

Schon wollte er hinausgehen, um zu spionieren; da fuhr ein Auto vor.

Das mußte der Oheim sein. Vermutlich hatte er den zukünftigen Schwiegerohn zur Bahn gebracht und kam von dort zurück. Ob Almida ihn begleitete hatte?

Angestrengt lauschte Franz. Er vernahm das Öffnen und Schließen der Haustüre, doch außer den müden, langsamen Schritten des Herrn Harnisch keinen Laut.

Unten nahm der Diener seinem Herrn wohl den Hut und den leichten Sommermantel ab, dann kam der Oheim die Treppe herauf.

Franz stellte sich neben der Portiere auf, die beide Räume trennte. Sein Herz klopfte gewaltig. Der große Moment war nun gekommen, der eine wichtige Aenderung seines Geschicks bringen sollte. Er würde sich seine Vorteile nicht wieder ent-

reißen lassen. Allzu lange hatte er auf die günstige Gelegenheit warten müssen.

Franz war auf alles vorbereitet. Wenn sein Oheim die Bibliothek betrat, sollte er ohne weiteres erfahren, zu welchem Zweck Franz hier auf ihn lauerte.

Doch Herr Harnisch ging sogleich in seine Arbeitsstube nebenan. Er knipste das Licht an und begann, langsam auf und ab zu schreiten.

Er machte noch immer den Eindruck eines Schwerleidenden. Wie bitter bereute er jetzt, diese Angelegenheit nicht vor einem Jahrzehnt geordnete zu haben. Damals war er widerstandsfähiger und alles hätte sich leichter erledigt.

Jetzt trug er den Tod im Herzen. Welch eine Wohltat wäre es gewesen, sich jetzt ausstrecken zu dürfen, sorglos den Schlaf zu erwarten.

Auf einen Tag würde es ja nun sicher nicht ankommen. Doch Herr Harnisch wußte, daß er doch keine Ruhe finden konnte. Die Sorge um Almidas Geschick, um ihre Zukunft würde ihn wachhalten.

Er setzte sich an seinen Schreibtisch. Er wollte Almida doch wenigstens den Brief mit den notwendigen Erklärungen schreiben, der erst nach seinem Tode geöffnet werden sollte.

Er legte sich einen großen Bogen Schreibpapier zurecht und setzte die Feder an. „Mein einziges geliebtes Kind, Du mein höchstes Glück!“

Widerstrebend hatte er begonnen. Doch nun flog die Feder über das Papier, rastlos, ohne zu stocken.

Franz dünkte es eine Ewigkeit, während er in seinem Versteck wartete. Er wurde ungeduldig. Er grübelte, auf welche Weise er seinen Oheim am wirksamsten angreifen könne. Dabei vergaß er es, auf sich zu achten. Er machte unwillkürlich eine Bewegung, seine Stiefel knarrten. Er war gezwungen, kurz aufzuhusten.

Herr Harnisch war so vertieft gewesen, daß er mit einem Ausschrei zusammensank. Seine geschwächten Nerven versagten. Der Schreck hatte ihn völlig gelähmt.

Mit zittriger Hand breitete er ein unbeschriebenes Blatt über den Brief an Almida. „Wer ist da?“ fragte er mit vor Aufregung heiserer Stimme.



denshoffnungen an den Horizont zaubert, dann weiß ich diese Waffe deutscher Spießbürger — ihre parlamentarischen Exponenten voran — nicht zu halten von Selbstgefälligkeit, Verhandlungsbereitschaft und Friedensgläubigkeit.

Die wenigen verantwortlich Fühlenden stehen hilflos vor den entseelten Instinkten des Spießbürgertums. List und brutaler Machtwillen allein wären imstande, die dumpfe Masse auf den politischen Weg zurückzuführen. Ist aber einer von den Verantwortlichführenden zufällig auch im Besitz der geistlichen Macht und der geistlichen „Zuständigkeiten“ wahrhaft zu „regieren“, indem er im Sturme der politischen Leidenschaften die Fahne der Politik hoch hält, dann muß er damit rechnen daß unverantwortliche Parlamentarier die Friedenstollheit des Volkes zum Sturmbock gegen seine Herrschaft vorschleichen.

Lord Curzons Rede hat das Unglück angerichtet. Sehr wahrscheinlich war das nicht seine Absicht. Das Entsetzen, mit dem Reuter das „deutsche Mißverständnis“ ablehnt, als habe sich der Lord zum Vermittler zwischen Deutschland und Frankreich angeboten, ist fast ein Beweis dafür daß Lord Curzon uns überschätzt hat. Da kannte uns sein Vorgänger, Lord Balfour, besser.

Als die ersten Nachrichten von jener tobstürmigen Friedensliebe durchdrangen, mit der der deutsche Reichstag des Oktobers 1917 Kritik an dem verschärften B-Bootskrieges übte, da hielt jener verlogenste Politiker Großbritanniens seine Londoner Tomn-Hall-Rede vom 31. Juli 17 über das „Neue Deutschland“. Seine Berechnungen täuschten ihn nicht. Jener erste Aspekt, daß durch Veränderung der deutschen Staatsform ein für Deutschland günstigerer Friede herauskommen werde, gab der Friedenstollheit unserer Sozialisten jene revolutionäre Richtung in der Deutschland zu Grunde ging. Auch diese Rede war von scheinheiliger Bewunderung für die sittliche Größe des deutschen Volkes, dessen wahre Wesensart durch seine Beherrscher unterdrückt worden wären. Unsere Selbstgefälligkeit wurde der Schrittmacher von deutschen Feinden.

Vielleicht sind die freundlichen Worte, die Lord Curzon über das deutsche Volk gesagt hat, ehrlicher gemeint, als die Sprüche von Balfour. Aber das ist nicht wesentlich. Auch Curzon hat nicht ohne politische Absicht gesprochen. Diese Absicht ist hier nicht verstanden worden. Curzon braucht uns für seine Politik gegen Frankreich. Diese Tatsache könnte eine Chance für die deutsche Politik werden, aber die Chance wurde in Grund und Boden geredet durch die Oberflächlichkeit der öffentlichen Meinung, durch die Feigheit des Parlamentarier-tums, durch die unpolitische Bequemlichkeit des deutschen Volkes. Indem Curzon diese Faktoren nicht richtig einschätzte, wurde seine Rede zum Danergergeschenk für die deutsche Regierung.

Die politische Koalition in Deutschland stiert auf den Wunsch Lord Curzons nach einem deutschen Zahlungsangebot und macht den englischen Staatsmann wider seinen Willen zum Agenten einer feigen Politik die Frankreich auf Kosten Deutschlands erhöht. Jedes eifertige Wort, das unter uns von Angeboten und Reparationen gesprochen wird, jeder Akt, der unsere Geneigtheit zur Verhandlung erkennen läßt, vollends ein wirklicher Vorschlag der deutschen Regierung verlängert die Amtsdauer Poincarés, indem ihm erlaubt wird, seine Mißerfolge in Siege umzuwandeln. Lehnt aber die deutsche Regierung, die den Standpunkt Lord Curzons nicht erst seit seiner Rede kennt, konsequent ihrem bisherigen Verhalten jedes Verhandlungsgerede und jedes Angebot ab, ehe nicht die Freiheit des Rheins garantiert ist dann richtige sie sich auf innerpolitischen Kampf ein und nehme die Matadore der Koalition, die unter nationalem Wortgepränge die Feigheit ihrer Verhandlungsschnelldrucker verdecken, in Schutzhaft!

Findet sie den Mut zur Macht nicht, dann nehme sie wenigstens ihre Zuflucht zur List. Indem Lord Curzon den leidenschaftlichen Widerstand Deutschlands feststellt, den jeder Vorschlag für das Rheinland in Zukunft einem besonderen Regime zu unterwerfen, ist dieser Widerstand als unabänderliche Tatsache für den politischen Kalkül Englands und der Welt-politik anerkannt worden. Indem der Lord andererseits seiner feigen Ueberzeugung Ausdruck gab, daß durch irgendein Anerbieten Deutschlands, Reparationen zu zahlen, ein Fortschritt in der kontinentalen Krise erzielt werden könnte, ist es der Deutschen Regierung leicht gemacht, die Entschcheidung eines solchen Anerbietens abhängig zu machen von Garantien, die Frankreich in Bezug auf das Rheinland zu geben hätte. Mittels der Rede von Lord Curzon kann die deutsche Regierung die Verantwortung für die Fortdauer der Krise vor aller Welt Frankreich zuschieben, das ja zu Reparationen kommen würde, wenn es nur die Freiheit der Rheinlande und die Souveränität des Deutschen Reiches anerkennen wolle. Dies diplomatische Verhalten wäre darauf angelegt, in einer Lage wie der unsrigen, die zweifellos wirtschaftlich nicht leicht ist, aus der Politik Lord Curzons Kraft zu holen, um den Widerstand eine längere Zeit fortzusetzen. Also das gerade Gegenteil von dem zu tun, was unser Parlamentarismus tut, der die Rede von Lord Curzon für jene Frage der schlechteren Instinkte unseres Volkes ausbeutet, wie man den Widerstand um Wochen abkürzen kann. Wir verkennen nicht, daß die diplomatische Methode bedenklischer ist, als die diktatorische. Es bleibt immer die seit Michaelis berühmt gewordene Taktik der Interpretation, „wie ich es verstehe“ zurück, als Gefahr für den Kampf der Regierung mit Frankreich und dem Parlament. Das Wort ist eben in der Diplomatie allmächtig. Unsere Staatsmänner müssen lernen, es mit der Virtuosität eines Engländers zu gebrauchen. Andererseits kann Diplomatie nicht mehr als ihre Natur es vermag, das Beste aus sich zu machen. Auch das ist viel, wenn staatsmännliche Führung dahinter steht.

Die Behandlung der Ausländer in Deutschland.

Aus Buenos Aires, Anfang März, wird dem Schw. Merk. geschrieben: Wenn der gegenwärtige Präsident von Argentinien, der mancherlei persönliche Beziehungen zu Frankreich hat, auch nicht so deutschfreundlich empfinden mag, wie sein Vorgänger Irigoyen, so wird dies mehr als ausgleichend dadurch, daß weitige Kreise der argentinischen Bevölkerung heute viel gerechter über Deutschland denken, als während des Weltkrieges und auch in der ersten Zeit nach dem Kriege. Die Stimmung gegen Deutschland wäre aber noch viel günstiger, wenn nicht in Deutschland selbst eine — in mancher Hinsicht ja gewiß gerechtfertigte — Abneigung gegen die Fremden sich geltend machte, die manchen Freund Deutschlands vor den Kopf stößt.

Ein solcher Freund Deutschlands ist zweifellos Herr Martin de Guipuzcoa, der kürzlich in der hiesigen „Kanon“ in einem Aufsatz „Ausländer in Deutschland“ sich über das Verhalten gegen die Ausländer nachdrücklich beschwert hat. Daß Martin de Guipuzcoa an sich den Deutschen wohlgesinnt ist, geht aus

folgenden Auslassung hervor: „Nicht ohne Grund wird behauptet, der Krieg sei eine Reklame für Deutschland gewesen. Sein heldenhafter Widerstand erweckte Bewunderung und Teilnahme. Mehr und mehr sieht die Welt ein, daß Deutschland durch den Held seiner Widersacher in den Krieg verwickelt worden ist. Auch erhöht Frankreichs unverständliche Haltung die Sympathien für Deutschland, die diesem bei künftigen Konflikten von Nutzen sein könnten — aber Deutschland versteht die Gelegenheit nicht auszunutzen und wird bald ganz allein stehen.“

Der Verfasser findet die hohen Preise, die den Ausländern von Zimmervermietern, Hotels, Theatern usw. abgenommen werden, noch nicht als das Schlimmste, ihn verbietet in viel höherem Maße die Behandlung, die den Ausländern zuteil wird. Er sagt darüber: „Man nimmt uns nicht nur das Geld ab, man provoziert und insultiert uns, man verbietet uns den Gebrauch unserer Muttersprache. Ab und zu bringt vielleicht eine Zeitung einen Artikel zu unserer Verteidigung, aber die Mehrheit des Volkes stellt sich feindselig und neidisch uns gegenüber. Das Leben ist schwierig und unangenehm in diesem Lande; die Abwicklung von Geschäften kann in vielen Fällen einer wahren Odyssee verglichen werden.“ Des weiteren beschwert sich der Verfasser über das komplizierte Verfahren, sobald man mit den Behörden zu tun habe. In dieser Beziehung ist er wohl kaum im Rechte, denn unter der Bürokratie leidet sicherlich die deutsche Bevölkerung ebenso wie der Fremde. Dann aber sagt Martin de Guipuzcoa manches, was in Deutschland beherzigt werden sollte. Er schreibt: „Bei Kriegsausbruch wurde Deutschlands Forderung von den meisten Schriftstellern und Journalisten Fehllern der Diplomatie zugeschrieben. Wie dem auch sei, gewiß ist, daß das ganze Volk, vor allem aus Mangel an politischem Sinn, meistens sehr wenig Verständnis für die in seinem Lande wohnenden Ausländer gehabt hat. Deutschland besitzt bewundernswerte Schulen und Universitäten, Gelehrte und Professoren, wie kein anderes Land — versteht aber das politische Kapitel, das es mit diesen Bildungsanstalten besitzt, nicht auszunutzen. Jeder Student erinnert sich gern und herzlich der ausländischen Universitäten, die sein Wissen bereichert haben — anders aber ist es mit Deutschland, das von unzähligen Bewunderern seiner Wissenschaft aufgesucht wird, aber mit so viel Feindseligkeit behandelt werden, daß sie ohne Dankbarkeit und Sympathie heimkehren.“

Der ganze Aufsatz macht den Eindruck, als ob er keineswegs einer augenblicklichen Berärgerung und erst recht nicht einer inneren Abneigung gegen Deutschland entsprungen wäre, sondern vielmehr einem aufrichtigen Bedauern darüber, daß das deutsche Volk durch ungeschickte Behandlung auch wohlmeinender Fremder sich selbst im Lichte steht. Der Artikel ist also sicherlich in guter Gesinnung geschrieben und deshalb sollte er in der alten Heimat wohl Beachtung finden und zum Nachdenken anregen.

Aus dem letzt erwähnten Grunde geben wir die Äußerungen des Herrn Martin de Guipuzcoa gern wieder. Es ist ihnen aber hinzuzufügen, daß die letzten Jahre uns neben wohlmeinenden Gästen auch viele, allzuwiele Ausländer ins Land geführt haben, die hier gar nichts sucher als Ausbeutung unserer wirtschaftlichen und volutarischen Schätze. Diese Sorte von Ausländern hat eine Verstimmung gegen alle Ausländer großgezogen, die sonst dem Deutschen gar nicht liegt, und unter die Räder dieser Abneigung kommt auch mancher ehrenwerte, gutgemeinte Gast. Immerhin, die Mahnung zur Vorsicht, zur Unterscheidung mag am Plage sein.

Große Schlägerei im preuß. Landtag.

Berlin, 4. Mai. Der preußische Landtag lehnte zu Beginn der Freitagssitzung das deutschnationalen Mißtrauensvotum gegen den Minister des Innern Seenering mit 248 gegen 79 Stimmen bei einer Stimmenenthaltung ab. Der Antrag der Kommunisten, ihr Votum näher begründen zu dürfen, rief eine stürmische Geschäftsordnungsansprache hervor, bei der von den Kommunisten immer erneut Obstruktion getrieben wurde. Schließlich sollte ein Antrag auf Schluß der Debatte den Szenen ein Ende machen. Als hier der Kommunist Kay von der Rednertribüne aus und andere Kommunisten beleidigende Zuerufe machten, stürzte sich eine Reihe Mehrheitssozialisten auf Kay und schlugen auf ihn los. Es entwickelte sich eine bisher in der Geschichte des preußischen Landtags noch nicht dagewesene Schlägerei zwischen Mehrheitssozialisten und Kommunisten. Besonders übel zugerichtet wurde dabei der Kommunist Piek, der eine breite Kopfweile davontrug. Präsident Leinert verließ den Präsidentensitz. Damit war die Sitzung aufgehoben. Am 1 Uhr eröffnete der Präsident die Sitzung von neuem und erklärte, daß er den Kommunisten Kay von der Sitzung ausschließen. Als dieser trotz wiederholter Aufforderung des Präsidenten den Saal nicht verließ und als neue Sturmjahren begannen, verließ Präsident Leinert aus neue den Präsidentensitz. Damit ist die Sitzung wiederum aufgehoben.

Die nationalsozialistische Schreckensherrschaft.

München, 4. Mai. Wieder ist ein nächtlicher Ueberfall von Nationalsozialisten auf Sozialdemokraten in den Straßen von München zu verzeichnen. Eine sozialistische Jugendgruppe wollte gestern abend im Stadtteil Giesing eine Versammlung abhalten. In einem dem Versammlungsort gegenüber gelegenen Bäckereiladen hatten sich Nationalsozialisten mit der Absicht versammelt, die Versammlung zu stören. Sie gingen den Sozialdemokraten nach und hieben ohne Anlaß mit Gummiknüppeln auf die Burschen und Mädchen ein. Als nun mehrere in einem benachbarten Lokal versammelte Sozialisten zur Hilfe eilen wollten, fiel eine Anzahl von Schüssen, durch die einer der Sozialdemokraten schwer verwundet wurde. Die sozialdemokratische Münchener Post bemerkt zu diesem neuen Ueberfall der Nationalsozialisten, daß die Sozialdemokraten, wenn die Polizei nicht endlich Ruhe schaffe, den Nationalsozialisten eine Organisation entgegenstellen würden, die gründlich mit diesen Nordgesellen aufräumen würde. Es sei nunmehr genug geredet; die Sozialdemokraten würden zu Taten übergehen.

Eine seltsame Affäre.

Entschülfungen im bayerischen Landtag. München, 4. Mai. Abg. D. Wohlmut verlas heute im Haushaltsausschuß des bayerischen Landtags gelegentlich einer politischen Debatte die Erklärung eines bayerischen Ministerialrats, die dieser in der vaterländischen Vereinigung der siebenem Abteilung abgegeben hatte. Nach dieser Erklärung können die vaterländischen Verbände die Politik der gegenwärtigen Regierung auf keinen Fall unterstützen. Die Minister Knilling,

Schweyer und Matt wären für den Zusammenschluß Bayerns und Oesterreichs, nur die Frage sei noch offen, ob ein bayertischer oder ein österreicher Fürst den Thron bestiegen solle. (1) Der Minister Schweyer habe bei seiner Pfsakreise mit dem französischen General de Mey über diese Angelegenheit verhandelt und die Zustimmung der Franzosen erhalten. Die Pfsak und Nordbayern sollten, wenn der Plan verwirklicht werde, ebenfalls abgetrennt werden. Hinter diesem Plan ständen auch Kardinal Faulhaber und der Paps. Ueber das Verhalten und die Gesinnung der genannten Minister seien selbst die Ministerialreferenten ungehalten und damit durchaus nicht einverstanden. Die Regierung befürchte, daß die Bevölkerung Münchens dem Einmarsch der Franzosen in München heftige Gegenwehr entgegenzusetzen würde. Der Redner, dessen Mitteilungen im Ausschuß große Erregung hervorriefen, ersuchte den Minister dringend, gegen eine derartige Vistsmischerel eine Untersuchung zu veranlassen, und übergab den Brief mit dem Namen des Ministerialbeamten dem Minister Schweyer. Dieser erklärte dazu, daß ihn dieser Fall auf das tiefste deprimiere. Die Angelegenheit werde sofort untersucht werden.

Die Untersuchung wird hoffentlich bald ergeben, wie man diese Enthüllungen einzuschätzen hat. Minister Schweyer hätte gut getan, sofort zu erklären, wie er sich zu dieser Angelegenheit stellt.

Die Unmöglichkeit einer ordentlichen Finanzpolitik.

Berlin, 5. Mai. Im Hauptausschuß des Reichstages führte Reichsfinanzminister Dr. Herms bei Beratung des Etats des Reichsfinanzministeriums aus, daß die Wirkungen der ungeheuren Geldentwertung infolge der französisch-belgischen Ruhrbesetzung auf den Reichshaushalt für 1923 außerordentlich seien. Das Gleichgewicht des ordentlichen Haushalts sei seit mehreren Monaten nicht mehr vorhanden und könne auch nicht erreicht werden, so lange die französische Pfänderpolitik an Rhein und Ruhr jede ordentliche Staatsverwaltung unmöglich mache. Da Deutschland in den ersten drei Monaten des verfloffenen Reichsfinanzjahres nicht nur den Etat der Reichsverwaltung und den der Postverwaltung und der Eisenbahnverwaltung im Gleichgewicht halten konnte, sondern auch noch erhebliche Reparationsbeträge herauswirtschaften konnte, müsse die Ueberzeugung aufkommen, daß es auch heute möglich wäre, zu diesem Zustande zurückzukehren. Voraussetzung hierfür wäre die völlige Umkehr der bisherigen französisch-belgischen Politik.

Die neue Devisenverordnung.

Berlin, 6. Mai. Der dem Reichsrat nun vorliegende Entwurf der Devisenverordnung stellt eine völlige Umarbeitung der im Oktober vorigen Jahres erlassenen Devisenverordnung dar. Die neuen Maßnahmen zur Bekämpfung der Devisenspekulation bestehen vor allem in dem Verbot der Beilehung von ausländischen Zahlungsmitteln. Bisher hat die Reichsbank nur einen Druck auf die Banken in dieser Richtung ausgeübt, daß die Wechselstuben nur mit Erlaubnis der zuständigen Behörden betrieben werden dürfen. Weiter werden die Wechselstuben verpflichtet, die ausländischen Banknoten innerhalb dreier Tage nach dem Erwerb an die ortszuständigen Reichsbankstellen abzuliefern. Schließlich wird auch verboten, ausländische Geldsorten öffentlich zur Schar zu stellen. Nur die Devisenbanken dürfen ausländische Zahlungsmittel ohne die Zustimmung des zuständigen Finanzamtes erwerben. Zugelassen als Devisenbanken werden nach dem Entwurf nur die Reichsbank und die inländischen Banken, die Depot- und Devisengeschäfte betreiben dürfen und deren Geschäftsbetrieb im Ortsbereich einer anerkannten inländischen Fondsbörse liegt. Die Banken sind verpflichtet, sich über die Person des Antragstellers zu vergewissern und haben ihre Devisengeschäfte einer Prüfungsstelle zu melden. Gegen die Devisengeschäfte, die die Banken in sich treiben, richtet sich die Bestimmung, daß die Reichsbank anordnen kann, daß Banken zur Abschluß von Geschäften mit ausländischen Zahlungsmitteln der Zustimmung der Reichsbank bedürfen, wenn festgestellt ist, daß die Banken Spekulation treiben. Zuwiderhandlung gegen die neue Verordnung wird, wie in der früheren, mit Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren und Geldstrafen bis zum Zehnfachen des Wertes der ausländischen Zahlungsmittel geahndet. Für unerlaubtes Betreiben einer Wechselstube gilt dieselbe Gefängnisstrafe und Geldstrafe bis zu 50 Millionen Mark.

Baden.

Die Gebäudeversicherungsumlage.

pa Die Umlage der Gebäudeversicherungsanstalt richtet sich bekanntlich nach dem Entschädigungsaufwand für die Brandfälle des Vorjahres. Da die Anstalt bei der Entschädigung den tatsächlichen Wiederaufbauaufwand berücksichtigt, treten, um der Geldentwertung Rechnung zu tragen, zu dem Friedensversicherungswert (als rechnerischer Grundlage) bei der Bemessung der Entschädigung Zuschläge. Aus diesen Zuschlägen die den im Zeitpunkt des Wiederaufbaus geltenden Baupreisen gerecht werden sollen, wurde für die aus dem Jahre 1922 stammenden Schadensfälle ein Durchschnittszuschlag vom 500-fachen des Friedensversicherungswertes angenommen. Es wurde anfangs Januar 1923 dementsprechend eine vorläufige Umlage von 50 Prozent des Friedensversicherungswertes, der sich auf 6,2 Milliarden beläuft, beschlossen. Das Umlageergebnis hieraus im Betrage von 3,1 Milliarden kommt bei 3100 Milliarden Durchschnittsversicherungswert (6,2 Milliarden x 500) einem Umlagefuß von 10 Pfg. auf 100 Mk. (gegenüber 15 Pfg. im Durchschnitt der Vorkriegszeit) gleich. Da sich jedoch der im März berechnete Zuschlag für die Monate Januar und Februar schon auf 1399 stellte, mußte der erweiterte Verwaltungsrat in erneuter Beratung anfangs April der Notwendigkeit Rechnung tragen, das Umlageergebnis so zu gestalten, daß der Entschädigungsaufwand für die Schadensfälle aus dem Vorjahre gedeckt werden kann und insoweit auch bei der Umlagefestsetzung einen Durchschnittszuschlag von 3000 zu Grunde legen. Verolefältigt man die Durchschnittsfriedensumlage von 15 Pfg. mit der Durchschnittszuschlagszahl 3000, so ergibt dies als Umlageergebnis 450 Proz. des Friedensversicherungswertes = 27,9 Milliarden. Tatsächlich wurde aber nur die Erhebung einer vorläufigen Umlage von wiederum 50 Proz. der Friedensversicherungssumme beschlossen, die in 2 Raten — die 1. Hälfte sofort, die andere zum 1. Oktober — zahlbar ist. Es wird also vorerst eine Umlage im Gesamtbetrag von 6,2 Milliarden erhoben, was bei Annahme einer Versicherungssumme von 18600 Milliarden (6,2 Milliarden x 3000) einer Umlage von nur 3 Pfg. auf 100 Mark entspricht. Nachdem der Zuschlag für März und April bereits auf das 240fache des Friedenswerts gesteigert werden mußte, da die Annahme, daß eine Stabilisierung der Baupreise möglich wird, sich inzwischen als irrig erwiesen hat, und mit Rücksicht darauf, daß man noch



weit weniger als in Friedenszeiten mit einer Umlage von 3 Pfg. durchzukommen vermag, wird wohl mit einer dritten ergänzenden Umlage zu rechnen sein.

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, 6. Mai. (Liederkränz.) Mit seinem gestrigen Konzert hat der Liederkränz allen Musikfreunden einen genussreichen Abend bereitet.

Sinsheim, 5. Mai. (Endgültiger Sommerfahrplan.) Die Durchführung des Fahrplans der Reichsbahn vom 1. Juni ist jetzt endgültig geregelt.

neuen Verbesserungen durchzuführen, so die Verbindungen von Berlin nach Holland, Hamburg und München, wohl auch die mannigfachen beschleunigten Personenzüge.

Sinsheim, 5. Mai. (Verlängerung der Steuerfrist.) Der Reichsminister der Finanzen hat die Frist für die Steuerzahlungen verlängert.

Waibstadt, 7. Mai. (Sommerzug.) Der gestrige Sommerzug lockte viele Zuschauer aus Nah und Fern herbei, ist er doch bei schönstem Maiwetter glänzend verlaufen.

Hilfenhardt, 4. Mai. (Gustav-Adolfsfest.) Am kommenden Donnerstag, 10. d. Mts., am nachmittag des Himmelfahrtstages findet hier das Bezirksjahresfest des Missions- und Gustav-Adolfs-Vereins statt.

Unterzwarzach, 5. Mai. (Betriebschluss.) Die hiesigen Sommerk A.-G. Unterzwarzach haben ihren Betrieb stillgelegt und ihre Arbeiter kündigungslös entlassen.

Aus dem Schwarzbachtal, 4. Mai. (Mähgarnschwindel.) Kürzlich haufierten in der Gegend zwei angebliche Kriegsbeschädigte mit Mähfaben und verkauften Rollen, die angeblich mit 400 Meter Faben bedeckt waren, zum Preis von 1200 bis 1500 Mk.

Eberbach, 4. Mai. (Die Siedlungsgenossenschaft) hat von der hiesigen Rüd. v. Colenberg'schen Herrschaft Güter im Werte von 500 Mill. Mark zu Siedlungszwecken angekauft.

Eppingen, 3. Mai. (Ein Gedenkstein) für die Gefallenen wurde hier am Sonntag mit einer feierlichen Feier eingeweiht.

Mühlhausen b. W., 3. Mai. (Er überlegt sich noch mal.) Hier sollte eine Ziviltrauung vor sich gehen.

Heidelberg, 5. Mai. (Ein Erdbeben.) Ein Erdbeben mittlerer Stärke wurde gestern nachmittag von dem Erdbeben-

Apparat der Landessternwarte auf dem Königstuhl gemeldet. Das Fernbeben begann um 5.38 Uhr, die größte Stärke zeigte sich um 6.18.

Wieblingen b. Heidelberg, 5. Mai. (Wegen Millionenunterschlagungen) in der hiesigen Gummifabrik wurden der Kaufmann Henne und der Laborantenghilfe Mohr, beide von Friedrichsfeld, verhaftet.

Bruchsal, 3. Mai. (Ertrunken.) Das 3 1/2-jährige Söhnchen des Platzmeisters Emil Dostreicher fiel in den hochgehenden Saalbach und ertrank.

Baden-Baden, 3. Mai. (Unfälle.) Vor zwei Tagen stürzte sich, erschreckend des Lebens müde, der Rentner Fr. Fischer von der Plattform des alten Schlosses.

Iffezheim, 3. Mai. (Grundlose französische Nervosität.) Bei der letzten Grasverleigerung, zu der sich an der Wintersdorfer Rheinbrücke einige hundert Landwirte eingefunden hatten, haben sich die Franzosen wieder einmal das Zeugnis einer hervorragenden Tapferkeit ausgestellt.

Efental (N. Bühl), 4. Mai. (Wie die Alten tungen.) Ein zwölfjähriges Mädchen warf nach einem vorausgegangenen Streit einer Schulkollegin einen Stein an den Kopf.

Rehl, 4. Mai. (Ein frecher Diebstahl) ist in Odelshofen verübt worden. Während eine Landwirtsfamilie auf dem Felde weilte, erbrach ein Dieb die Wohnung und entwendete etwa 800.000 Mk.

Waldrich, 4. Mai. (Unfall.) Das Automobil des Zigarrenfabrikanten Karl Faigt jr. aus Freiburg fuhr bei Suggental infolge Verlassens der Steuerung an einen Baum und zerschellte.

Wehr, 2. Mai. (Brand.) Das mit Stroh bedeckte Anwesen der Landwirtin Waldkircher in Rütchhof (Hohenwald) brannte in der Nacht von Freitag auf Samstag vollständig nieder.

Ebingen, 2. Mai. (Vermißt.) Ein 13 1/2 Jahre alter Realpächter, Sohn einer hiesigen Beamtenfamilie, wird seit mehreren Tagen vermißt.

München, 3. Mai. (Die Verwilderung der Jugend.) Ein Vorfall, der einen geradezu erschreckenden Begriff von der Verwilderung der heutigen Jugend gibt, hat sich am Sonntag Nacht in München ereignet.

Ämliche Bekanntmachungen.

Nr. 29. Verhütung von Feuergefahr betr. Zur Verhütung von Feuergefahr für Gebäude ist das Tabakrauchen in Ställen, Scheuern, Schöpfen, Heu- und Fruchtböden und anderen Räumen, welche zur Aufbewahrung leichtentzündlicher Gegenstände dienen, verboten.

Wimpfen. Brennholzverkauf. Montag, den 14. und Dienstag, den 15. Mai, je vormittags 9 Uhr anfangend, kommen im Forstwald, Distrikt Haidenrain und Egbuckel gegen Barzahlung zur Versteigerung:

Dankagung. Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres unvergeßlichen Vaters Heinrich Lauer sagen wir an dieser Stelle unseren tiefempfundenen Dank.

HAPAG HAMBURG-AMERIKA LINIE UNITED AMERICAN LINES INC. NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-AMERIKA AFRIKA, OSTASIEN USW.

Stempel und Klichees nach Zeichnung oder Photographie in Holzschnitt, Zinkätzung oder Autotypie ausgeführt liefert rasch und billig.

Briefmappe mit Inhalt, Sonntag nachmittag auf dem Wege von Waibstadt nach Rohrbach über den Wald verloren gegangen.

Junge mit guten Schulkenntnissen, welcher Lust hat in eine mech. Schreinerei einzutreten, sofort gesucht.

Kennert Heidelberg Labenburgerstr. 39 noch jetzt einzudecken. Biete an: 1 Posten Arbeiterschuhe von 25000 Mk. an.

Eine Hobelmaschine Abriecht und Dicke 610 mm breit, bereits neu, zu verkaufen.

Cigarren- u. Tabak-Vertretung für billige und mittl. Preislagen leistungsfähiger Fabriken für Berlin und Umgegend gesucht.

Kopflinje mit Bräu vernichtet verbüßend Goliwiff doppelstark, geruchlos, in Apotheken u. Drogerien.

Rechnungsformulare empfiehlt G. Becker'sche Buchdruckerei.

Schönheit verleiht ein rosiges, jugendliches Antlitz und ein reiner zarter Teint. Alles dies erzeugt die echte Steckenpferd-Seife.